

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 38 (1959)  
**Heft:** 3

**Artikel:** Gedanken zu einem Grundsatzprogramm der SPD  
**Autor:** Eichler, Willi  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-337108>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Gedanken zu einem Grundsatzprogramm der SPD

Nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft waren die deutschen Sozialdemokraten völlig damit beschäftigt, aus dem materiellen und moralischen Trümmerhaufen ein demokratisches Gemeinwesen aufzubauen. Obwohl zu theoretischen Auseinandersetzungen wenig Zeit blieb, gab es von 1945 an in offiziellen und inoffiziellen Kreisen programmatiche Diskussionen. 1952 verabschiedete der Parteitag von Dortmund ein Aktionsprogramm, das vom Parteitag in Berlin ergänzt wurde. Das Vorwort dazu schrieb Dr. Kurt Schumacher, der kurz vor dem Dortmunder Parteitag starb. Obwohl das Aktionsprogramm sich auf praktische Maßnahmen konzentrierte, zeigte es bereits deutlich einen Wandel grundsätzlicher Auffassungen. Ein Abgehen von früheren Lehren zeigte sich in der Beurteilung der Rolle des Individuums, in der Haltung zum Staat, in der Einschätzung der Bedeutung der Erziehung, im Verhältnis zur Religion und zu den Kirchen, in den Vorstellungen über die Wirtschaftsform. Die SPD öffnete damit, in Übereinstimmung mit der Frankfurter Erklärung der Sozialistischen Internationale, ihre Reihen für alle Menschen, die sich zum Sozialismus bekennen, «gleichviel, ob (sie) ihre Überzeugung aus den Ergebnissen marxistischer oder anders begründeter Analysen oder aus religiösen oder humanitären Grundsätzen ableiten».

Der Berliner Parteitag der SPD beauftragte den Parteivorstand, sobald wie möglich ein neues Grundsatzprogramm aufzustellen. Der Vorstand berief daraufhin eine Kommission, die in mehrjähriger Arbeit einen Entwurf fertigstellte und ihn dem Parteitag in Stuttgart 1958 vorlegte. Er steht jetzt zur Diskussion und soll auf dem kommenden Parteitag verabschiedet werden.

Im Mittelpunkt des Entwurfs steht als Zielsetzung des Sozialismus: «Eine Gesellschaft zu gestalten, in der die Würde des Menschen unantastbar ist und in der es dem Menschen deshalb möglich und erlaubt ist, sein Leben in Freiheit verantwortlich zu führen und in Gemeinschaft mit anderen das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben zu formen.» Freiheit muß für *alle* gelten, das ist das spezifisch Sozialistische an dieser Forderung. Es gibt a priori *keine Vorrechte* in der Freiheit der Interessenbefriedigung; wo Interessen kollidieren, wird die ohne Rücksicht auf andere Interessen durchgesetzte Interessenbefriedigung *Willkür*. Der Maßstab zur Ausschaltung der Willkür und zu ihrer Unterscheidung von der Freiheit ist das Recht, die Gerechtigkeit, das heißt die *gleiche Chance* für *jeden*, von seiner Freiheit Gebrauch zu machen. Die Würde des Menschen liegt im Anspruch auf seine Freiheit und auf Gerechtigkeit, in deren Rahmen er sie selbst verwirklichen soll und kann, wenn alle die *gleiche Chance* haben, zu Wohlstand und Bildung zu gelangen.

Dafür die Bedingungen zu schaffen, durch Institutionen, Erziehung und Bildung, ist die Aufgabe des sozialistischen Gesellschaftsgestalters.

In der Berufung auf diese abstrakt formulierten Bedingungen scheint allgemeine Übereinstimmung zu bestehen. Aber diese Übereinstimmung besteht *tatsächlich* nicht. Das zeigt sich sofort, wenn man darangeht, Freiheit und Gerechtigkeit ernst zu nehmen, sie zu verwirklichen. *Diese* Aufgabe ist fast immer in ihren Schwierigkeiten und Konsequenzen unterschätzt worden. Gerade die Versuche, Freiheit und Gerechtigkeit zu verwirklichen, haben dazu beigetragen, daß viele Menschen die Werte selber für ungeeignet halten, einer sozialistischen Politik und Wirtschaft, einer Menschheitskultur als Maßstab zu dienen. In Wirklichkeit haben diese Versuche aber nicht unsere Werte selber, sondern bisherige Versuche ihrer Verwirklichung als unzureichend enthüllt.

### *Die Irrtümer bei der Verwirklichung*

Drei solcher Versuche machen das deutlich. Die Französische Revolution, die russische Oktober-Revolution und die Weimarer Republik. Alle drei stellen den Versuch dar, Freiheit und Gerechtigkeit zu verwirklichen.

### *Sozialistische Grundentscheidungen*

Eine Untersuchung der Ursachen, die zum Scheitern dieser Versuche führten, zum Scheitern einer Verwirklichung von Freiheit und Gerechtigkeit für alle, zeigt, daß nicht die Werte der Freiheit und Gerechtigkeit versagt haben bei der Umgestaltung des gesellschaftlichen Lebens, sondern daß man sich für ihre Sicherung auf organisatorisch-technische Maßnahmen beschränken zu können glaubte – sei es die Änderung der politischen Verfassung des Staates, der Wechsel des Eigentums aus den Händen Privater in die öffentliche Hand oder die Freiheit für alle, auch für ihre Totengräber. Freiheit und Gerechtigkeit erfordern aber jeweils, in *jeder* geschichtlichen Situation, unter *allen* Umständen die besondere Aufmerksamkeit der Politiker und der Pädagogen. *Jede* Institution und *jede* Organisation muß dauernd daraufhin geprüft werden, wie weit sie ihrem Zweck, den Menschen und ihrer Freiheit und der Gerechtigkeit zu dienen, noch entspricht.

Wer Freiheit und Gerechtigkeit verwirklichen will, muß politische Grundentscheidungen treffen, die ihre *Bedingungen* sind. Sie betreffen zunächst das Leben selber. Auch zwischen den Völkern muß das Faustrecht überwunden werden. *Jeder* Krieg ist eine Kapitulation der Menschlichkeit vor der Willkür. Der Friede bedarf einer internationalen *Rechtsordnung* mit *Exekutivewelt*.

Der demokratische Sozialismus nimmt die *Demokratie* nicht nur als Staatsform ernst. Es darf keine eigenständigen Machtgebilde politischen und wirtschaftlichen Gepräges geben, die den Staat ihren Sonderinteressen dienstbar machen. Sie sind eine tödliche Gefahr für die Freiheit und Gerechtigkeit

und damit auch für Bestand und Glaubwürdigkeit einer demokratischen Ordnung. Wer Macht ausübt, muß sich eine wirksame Kontrolle durch Organe gefallen lassen, die dem ganzen Volk verantwortlich sind.

Für die Wirtschaft ergibt sich der durchgehende Grundsatz einer Planung in Freiheit.

Demokratische Kontrolle ist wirksam nur möglich, wenn die Menschen von der Familie über die Schule bis in die Erwachsenenbildung hinein *politisch gebildet* werden.

Unabhängig davon hat jeder Mensch ein Recht auf eine Bildung, die *seinen Fähigkeiten und Neigungen entspricht*. Das Bildungsmonopol in der Schule und Hochschule ist endgültig und völlig zu beseitigen.

Das gesellschaftliche Leben wird zunehmend organisiert und technisiert, die Bürokratisierung unseres Lebens nimmt zu. Die demokratische Kontrolle muß durch eine Erziehung gestützt werden, die dauernd davon ausgeht, daß Würde und Freiheit des Menschen freiwillig respektiert werden. *Kontrolle und Erziehung* müssen einander ergänzen.

Für die positive Gestaltung des Freiheitswillens in einem kulturellen Leben bedarf es einer *Vielfalt der Möglichkeiten* seines Ausdrucks. Diese Vielfalt verhindert auch, daß von mächtigen zentralen Stellen aus die Menschen manipuliert und in den Konformismus getrieben werden.

Die konkreten politischen Schritte, zu denen diese Grundentscheidungen drängen, sind leicht abzuleiten. Sie sind in ihren Hauptzügen im Programm-entwurf aufgeführt.

### *Gemeinsame Werte und verschiedene Begründungen*

Das Bekenntnis zu den Werten der Freiheit, Gerechtigkeit, der Solidarität und zum Weltfrieden öffnet durchaus nicht einer lediglich «subjektiven Auslegung» die Tür. Freilich stehen wir heute vor der Schwierigkeit, daß es für diese Werte eine *einheitliche*, von allen Menschen anerkannte Begründung, also eine Rückführung auf tieferliegende Quellen weltanschaulichen oder philosophischen Ursprungs *nicht* gibt. Der Entwurf beschränkt sich darauf, zu sagen, daß «christliche Ethik, Humanismus und klassische Philosophie geistige und sittliche Wurzeln des Sozialismus in Europa» sind. Wenn wir auf eine Begründung unserer Werte verzichtet haben, so liegt das *nicht* daran, daß wir eine solche Begründung an und für sich für überflüssig oder unmöglich halten. Man kann sogar sagen, daß der Einzelne in den meisten Fällen eine Begründung für *sich* hat — *aber es haben nicht alle Menschen die gleiche*. Das mag man als Mangel empfinden oder nicht. Aber die Welt, in der wir leben und in der es die verschiedensten Weltanschauungen gibt, nötigt uns, wenn wir nicht auf ihre Einigung warten wollen, keine von ihnen politisch auszuzeichnen. Jeder Bürger hat grundsätzlich die weltanschauliche Überzeugung seines Mitmenschen zu achten; diese wertgebundene Toleranz

ist eine Grundregel menschlichen Zusammenlebens. Der Staat hat jedem Bürger die Freiheit des Glaubens und des Gewissens zu sichern.

An die Werte, zu denen der demokratische Sozialist sich bekennt, hat er, wie immer er sie begründen mag, sein *Gewissen* gebunden. Die Sozialdemokratische Partei ist keine Weltanschauungspartei, wohl aber eine Gesinnungspartei.

Das öffnet den Weg zu einem anderen Verhältnis zu den Kirchen. Solange der Sozialismus als eine besondere Weltanschauung angesehen wurde, war es klar, daß die Kirchen in Abwehrstellung zu ihm standen, selbst wenn sie einzelne seiner Forderungen für vernünftig hielten.

Wenn die Weltanschauungs- und Glaubensgemeinschaften in ihrer religiösen Überzeugung einander mit von Achtung erfüllter Toleranz gegenüberstehen und in voller Freiheit ihrem religiösen Bekenntnis leben, so kann sie doch *alle* das Bekenntnis zur Freiheit und Gerechtigkeit einen, ohne die kein Mensch und keine Gesellschaft der Würde des Menschen gerecht werden können. Je mehr wir den Kirchen zeigen, daß diese Werte der Wesenskern des demokratischen Sozialismus sind, um so eher wird der Graben eingeebnet, der sich zum Schaden der Menschheit zwischen ihnen und dem demokratischen Sozialismus aufgetan hat.

## CHRONIK DES MONATS

### *Außenpolitik*

Premierminister Macmillan hat eine außergewöhnliche Aktivität entfaltet. In den westlichen Hauptstädten – vorab in Paris und Bonn – wurde die *Rußlandreise des englischen Regierungschefs* allerdings mit gemischten Gefühlen verfolgt. In Frankreich riefen die britischen Bemühungen, die politische Führung des Westens zu übernehmen, alte Ressentiments wach. (Die Forderung de Gaulles, die französische Mittelmeerflotte im Kriegsfalle dem eigenen Oberbefehl und nicht dem NATO-Kommando zu unterstellen, hat anderseits bei den übrigen Nordatlantikpaktstaaten Beunruhigung ausgelöst.) In Bonner Regierungskreisen wurde befürchtet, daß die Flexibilität der englischen Außenpolitik weiter gehe, als dies der starren Haltung des westdeutschen Bundeskanzlers lieb sein könnte. Das Treffen zwischen Adenauer und de Gaulle in Marly wurde so zu einer deutlichen Demonstration der Solidarität zwischen Paris und Bonn. Die Gespräche, die Macmillan nach seiner Rückkehr aus Moskau mit der französischen Regierung und später auch mit